

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Dezember 2022

MIEVES: INFLATION SENKEN DURCH SENKEN DER ENERGIEPREISE

Am 14. November hat unser Bundestagsabgeordneter (MdB) Matthias Mieves (SPD) in der Gaststätte des TUS Olsbrücken auf Einladung des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach mit Bürgerinnen und Bürgern aktuelle Fragen der Bundespolitik und der Lage in Deutschland diskutiert. In einer regen und ungemein engagierten Diskussion wurden Fragen aus den Bereichen Energiekrise, Inflation, Bürgergeld und Ukrainekrieg behandelt.

Energiekrise:

Nach Mieves seien die Hauptziele der Bundesregierung gewesen und seien es immer noch, zum einen die Versorgungssicherheit mit Energie sowohl für die privaten Haushalte als auch für Gewerbe und Industrie zu sichern und zum anderen die Kostensteigerungen bei der Energie für die Bevölkerung abzufedern.

Die Versorgungssicherheit sei zurzeit gegeben, die Gasspeicher zu 100% gefüllt. Die Möglichkeit zur Belieferung mit Flüssiggas sei im Werden, die Aufnahmeterminals für die Flüssiggastanker im Bau. Anfang des nächsten Jahres könne mit Großlieferungen von Flüssiggas gerechnet werden. Die Öllieferungen seien konstant und auch der Stromsektor sei genügend mit Energie fürs Verstromen versorgt. Um die Preissteigerungen im Energiesektor abzufedern, habe die Bundesregierung drei Entlastungspakete mit einem Volumen von etwa 300 Milliarden Euro erstellt. Besonders das letzte über 200 Milliarden Euro diene der Erleichterung bei den Energiepreisen.

Von den Zuhörerinnen und Zuhörern wurde gerügt, dass das Entlastungspaket III nach dem „Gieskannenprinzip“ verfare, nämlich völlig unabhängig von der Bedürftigkeit Subventionen gewähre. Mieves erklärte das mit einer „technischen“ Notwendigkeit, da man die erforderlichen Personendaten in der Kürze der Zeit nicht im genügenden Umfang habe bekommen können. Hätte man sich die Daten über die Finanzämter besorgt, hätte man zwar die Bedürftigen von den Nichtbedürftigen unterscheiden können, aber nicht ermitteln können, wer Gas und Fernwärme bezieht. Diese Daten könne man von den Energieanbietern bekommen, die

aber zur Bedürftigkeit nichts sagen könnten. Für eine „Verschränkung“ der Daten habe die Zeit nicht gereicht. So sei nur der Weg über die Daten der Energieanbieter geblieben und somit könne man nicht bei den Empfängern zwischen Bedürftigen und Nichtbedürftigen unterscheiden.

Gerügt wurde fernerhin, dass das Entlastungsprogramm nichts für die Nutzer von Öl und Pellets enthalte. Mieves sagte zu, dass Entlastungsgelder für die Nutzer dieser Energien noch kommen werden. Man habe sich aber zuerst auf die Gas- und Fernwärmennutzer konzentrieren müssen, weil der Gaspreis deutlich stärker aufgeschlagen sei als der Ölpreis und weil über die Energieanbieter von Öl- und Pelletsnutzern keine Daten bekommen könne.

Mieves wies im Übrigen darauf hin, dass die zukünftige Energieversorgung Deutschlands mehr und mehr auf regenerative Energien sich fokussieren müsste und werde. Deshalb habe die Bundesregierung die Genehmigungsverfahren für Windkraft- und Solaranlagen beschleunigt und die Länder verpflichtet, allein für Windkraft eine Bebaubarkeitsfläche von mindestens 2% der Landesfläche zu schaffen.

Man stimmte einschließlich Matthias Mieves darin überein: Den Unternehmen, die von den hohen Energiepreisen profitieren, sie zum Teil selbst verursachen, müssen die ungerechtfertigten Gewinne, egal ob Zufallsgewinne oder Übergewinne, weggenommen werden. Aber dies sei mit der FDP nur sehr eingeschränkt zu machen.

Ein Spezialfall wurde noch angesprochen: Es dauere unverhältnismäßig lange, bis die Pflanzwerke zum einen eine Zusage für die Netzein-

speisungsmöglichkeit einer Solaranlage geben, zum anderen den Zähler zur Netzeinspeisung setzen. Nach Mieves habe eine Rücksprache bei den Pfalzwerken ergeben, dass es gewaltig an Personal mangle, so dass es zwangsläufig zu diesen Verzögerungen komme.

Inflation:

Von mehreren Seiten wurde auf die gewaltigen Preissteigerungen besonders bei Energie und Lebensmitteln hingewiesen. Man betonte, dass Energie -und Lebensmittelkosten bei einem finanzschwachen Haushalt viel stärker ins Gewicht fallen als bei einem wohlhabenden. Mieves teilte diese Angaben. Die Problematik liege insbesondere darin, dass die eigentlichen Preistreiber von außerhalb Deutschlands kämen, nämlich ein großer Teil der Energie und auch viele Rohstoffe, gerade auch solche zur Lebensmittelherstellung (z.B. Getreide, Dünger). Deshalb verfangen auch die traditionellen Mittel zur Inflationsbekämpfung wie Zinserhöhungen nicht, weil sie auf die „Auslandspreise“ keinen Einfluss hätten. **Man bekämpfe die Inflation am besten durch eine Senkung der Energiepreise.** Tendenzen in diese Richtung gebe es mittlerweile. Nicht vergessen dürfe man, dass Deutschland in der vergangenen Zeit besonders bei Energie und Lebensmitteln im Vergleich zum Ausland sehr niedrige Preise hatte. Dadurch wirke sich die Preiserhöhung so drastisch aus.

Und letztlich treibe eine Besonderheit aus den USA die Preise hoch: Durch die Vielzahl und Größe der Konjunkturprogramme in den USA komme es zu einer hohen Nachfrage auf dem Markt, was die Preise hochschnellen ließe.

Bürgergeld:

Aus aktuellem Anlass war man sehr am Bürgergeld, das Hartz IV ersetzen soll, interessiert. Alle Beteiligten, einschließlich Matthias Mieves, waren sich einig: Das Bürgergeld ist mehr als eine bloße Erhöhung der Hartz IV-Sätze. Es stellt nämlich einen Systemwechsel dar. Das Ziel ist Arbeitslose in qualifizierte Arbeitsplätze zu vermitteln, damit es andauernde Beschäftigungsverhältnisse gebe. Dabei sei es aber in den meisten Fällen notwendig, die Arbeitslosen entsprechend zu qualifizieren. Es sei auf jeden Fall nötig, von der grundsätzliche Bereitschaft der Arbeitslosen zur Arbeitsaufnahme auszugehen. Die von den Unionsparteien aufgestellte Behauptung, die meisten hätten sich bequem in der Sozialhilfe eingerichtet, sei falsch. Aber auch viele Medien spielten das Spiel, es sei angenehmer sich im Bürgergeld einzurichten als zu arbeiten. **Dass dies absurd sei, werde allein**

schon dadurch deutlich, dass in der Vergangenheit lediglich 3% der Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslosen wegen fehlender Zusammenarbeit von den Jobcentern mit Sanktionen belegt worden seien. Außerdem sei die Behauptung, es lohne sich nicht zu arbeiten, weil man mit dem Bürgergeld mehr Geld erhalte, erkennbar falsch. Die vorgelegten entsprechenden Berechnungen seien bewusst populistisch verdreht, weil beim Einkommen im Niedriglohnbereich begleitende weitergehende Leistungen wie Wohngeld und Kinderzuschlag unterschlagen würden. **Matthias Mieves fasste das so zusammen: Er habe noch niemanden erlebt, der sein Beschäftigungsverhältnis gekündigt habe, um zukünftig Hartz IV oder Bürgergeld zu beziehen!**

Ukrainekrieg:

Wenn aus den Reihen der Anwesenden gesagt wurde, man habe kein Verständnis für das Vorhalten der Ukraine von deutschen Panzern und Schützenpanzern, so hielt Matthias Mieves dagegen: Waffenlieferungen in akute Kriegsgebiete seien ein völliger Wechsel der bisherigen SPD-Politik. Deshalb müsse man sensibel sein, bei dem was man tue. Deutschland habe insgesamt an Waffen deutlich mehr geliefert als allgemein bekannt sei. Man könne nicht alles „auf den Markt tragen“. Außerdem habe bisher auch kein Natopartner Panzer oder Schützenpanzer westlicher Bauart an die Ukraine geliefert. Man müsse aufpassen, durch seine Aktionen nicht immer tiefer in den Krieg hineingezogen zu werden, vielleicht letztlich sogar Kriegspartei zu sein. Man müsse auch bedenken: Deutschland sei beim jetzigen Zustand der Bundeswehr nicht in der Lage, sich gegen einen russischen Angriff entscheidend zur Wehr zu setzen. Vorgängerregierungen hätten die Bundeswehr kaputtgespart.

Also müsse Bundeskanzler Scholz vorsichtig agieren. Es sei seine Kunst, der Ukraine wirksam zu helfen, aber nicht die Sicherheit Deutschlands zu gefährden. Man solle aber nicht vergessen: Die jetzigen militärischen Erfolge der Ukraine seien nur möglich gewesen, weil unter anderem auch Deutschland die notwendigen Waffensysteme geliefert habe.

Die weiteren Themen, die eigentlich auf der Agenda standen wie Digitalisierung, Bürokratieabbau, 49-Euro-Ticket, die Postzustellungsmisere, der ländliche ÖPNV, die schlimmen Zustände bei der Bahn usw. konnten wegen Zeitmangels nicht mehr angesprochen werden. Ortvereinsvorsitzender Rolf Künne bedankte sich bei MdB Matthias Mieves für sein Kom-

men und seine Diskussionsbereitschaft. **Insbesondere lobte er das erkennbare vertiefte Sachwissen von Matthias Mieves, der nie einer Frage, einem Einwurf ausweichen musste und stets sachkundig antworten konnte.**

Dank gebührte auch Evi und Dieter Gehrke, die die Gaststätte am Ruhetag geöffnet hatten und gute Gastgeber waren.

DIE ENTLASTUNGEN DURCH DIE BUNDESREGIERUNG

Die Preise galoppieren davon, im Oktober betrug die Inflationsrate 10,4%. Besonders Menschen mit geringem Einkommen haben Riesenprobleme, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, aber nicht nur die. Deshalb haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Bundesregierung beschlossen, den Menschen unter die Arme zu greifen, ihnen zu helfen ihr alltägliches Leben zu bezahlen. Olaf Scholz hat die Losung ausgegeben: „Keiner wird allein gelassen!“

Um dieses große Versprechen zu erfüllen, hat die Bundesregierung ein gewaltiges Entlastungspaket beschlossen von insgesamt 200 Mrd.€ (Olaf Scholz: „Der Doppel-Wumms“). Im Einzelnen ist das:

1.Senkung der Energiepreise:

-Die Kosten für den Gas- und Fernwärmeverbrauch werden zu 80% auf das frühere Niveau festgeschrieben. Die Differenz zum Marktpreis trägt die öffentliche Hand. Die restlichen 20% muss jeder zu Marktpreisen bezahlen, damit will man einen Anreiz zum Energiesparen geben.

-Strompreisbremse: Eine bestimmte Menge Strom wird als Basisverbrauch angesehen, der Bezugspreis auf das frühere Preisniveau festgeschrieben und die Differenz zum Marktpreis von der öffentlichen Hand bezahlt. Auch hier wird als Anreiz zum Stromsparen der restliche Stromverbrauch dem Nutzer zum Marktpreis auferlegt.

-Die Mehrwertsteuer auf Gas -und Fernwärmeverbrauch ist seit dem 1.Oktober auf 7% gesenkt, von bisher 19%.

-Die EEG-Umlage beim Stromverbrauch ist seit dem 1.Juli weggefallen. Das macht eine Vergünstigung von 3,7ct auf die Kilowattstunde aus.

-Die zum 1.Januar 2023 vorgesehene Erhöhung des CO₂-Preises um fünf Euro pro Tonne wird auf den 1.Januar 2024 verschoben.

-Wer wegen der Preissteigerungen Miete, Betriebskostenvorauszahlung oder Nebenkosten nicht bezahlen kann wird vor Kündigung und Verbrauchssperre geschützt.

2.Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern

-Alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen erhalten eine Energiepreispauschale von 300€. Im Dezember bekommen Rentner und Pensionäre diese Pauschale ebenfalls.

-Der Steuergrundfreibetrag wird von 9984/a auf 10347€/a erhöht. Der Arbeitnehmerpauschbetrag steigt rückwirkend zum 1.Januar 2022 um

200€.

-Die Fernpendlerpauschale steigt ab dem 21. Kilometer von 35ct/km auf 38ct/km.

-Steuerzahler können ab Januar 2023 ihre Rentenbeiträge voll von der Steuer absetzen.

-Sonderzahlungen von Arbeitgebern sind bis 3000€ frei von Steuern und Sozialabgaben.

-Eltern erhalten für 2022 einen Familienzuschuss von 100€ pro Kind. Ab dem 1.Januar 2023 beträgt das Kindergeld für **jedes** Kind 250€ im Monat.

-Studierende bekommen eine Einmalzahlung von 200€.

-Für Wohngeld -und Bafögempfangler gilt:

--Sie kriegen 2022 einen Haushaltszuschuss von 270€ (Ein-Personen-Haushalt) oder 350€ (Zwei-Personen-Haushalt) zuzüglich 70 € für jede weitere Person im Haushalt. Für September bis Dezember 2022 gibt es einmalig 415€ (Ein-Personen-Haushalt) oder 540€ (Zwei-Personen-Haushalt) und 100€ für jede weitere Person im Haushalt.

-Das Wohngeld steigt ab 1.Januar 2023 von 180€/m auf 370€/m.

-Empfänger von Arbeitslosengeld I bekamen 2022 einmalig 100€, diejenigen mit Arbeitslosengeld II im Juli 2022 200€.

-Ab 1.Januar 2023 wird anstelle von Hartz IV ein Bürgergeld von 502€ monatlich gezahlt, 53€ mehr als früher.

-Bezahlbare Mobilität: In der Nachfolge vom 9-Euro-Ticket wird es ein Nahverkehrsticket für 49€/monatlich geben.

3.Sicherung von Arbeitsplätzen:

-Strom -und Gaspreisbremse gelten auch für Unternehmen.

-Unternehmen werden bei der Strom -und Gassteuer entlastet.

-Unternehmen, die wegen der hohen Energiekosten in Schwierigkeiten geraten, werden unterstützt.
-Erweiterte Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld wird bis Ende Dezember 2022 verlängert.
-Insolvenzverhinderung von Unternehmen bei

Schwierigkeiten wegen hoher Energie- und Rohstoffkosten.
-Die Umsatzsteuer in der Gastronomie auf Speisen bleibt bis Ende 2023 bei 7%, früher 19%.

UMGEHUNG OLSBRÜCKEN: EIN RÜCKSCHLAG

Nachdem das Baurecht für die Ortsumgehung Olsbrücken erreicht war, sah es so aus, als ob der Bau nur noch eine Frage der Zeit wäre. Aber jetzt hat sich ein gewaltiges Hemmnis eingestellt.

Wie die „Dorfschell“ auf Nachfrage beim Bundesverkehrsministerium erfahren hat, muss die **Wirtschaftlichkeit** der Baumaßnahme neu geprüft werden. Grund ist eine gewaltige Steigerung der prognostizierten Baukosten von über 100%, nämlich von ursprünglich **13,5Mio€** auf nunmehr **30Mio€**.

Die „Dorfschell“ hat sich daraufhin mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) Sektion Kaiserslautern in Verbindung gesetzt. Der dortige Leiter, Herr Lutz, hat bestätigt, dass die LBM-Zentrale in Koblenz in der Tat ein Fachingenieurbüro beauftragt hat, die Wirtschaftlichkeit zu ermitteln, was bei dieser immensen Kostensteigerung nachvollziehbar ist.

In einer Wirtschaftlichkeitsprüfung werden **der volkswirtschaftliche Nutzen** und **die zu erwartenden Kosten** festgestellt und zueinander **ins Verhältnis** gesetzt. Wenn das Ergebnis zeigt, dass der volkswirtschaftliche Nutzen größer ist als der Kostenaufwand (Fachausdruck: Größer Eins), dann gibt es für den Bau grünes Licht und der Kostenaufwand wird sodann im LBM-Haushalt veranschlagt. Natürlich reduzieren sich die Chancen für die Realisierung der Umgehungsstraße erheblich bei diesen ge-

waltigen Kostensteigerungen, wenn der volkswirtschaftliche Nutzen in etwa gleichbleibt.

Nach Auskunft von Lutz haben die Kostensteigerungen drei wesentliche Gründe:

-Die allgemeinen Preissteigerungen, die in der langen Zeit seit der ersten Kostenannahme eingetreten sind,

-Die konkreten gewaltigen Preissteigerungen seit dem Ukrainekrieg,

-Die speziellen Kostensteigerungen bei den Baumaterialien (insbesondere Stahl); das betrifft besonders die beiden Brückenbauwerke am Brühlhof und an der Neumühle.

Lutz betonte: Die Preissteigerungen bei den Straßenbauarbeiten seien kein spezielles Olsbrücker Problem, sondern beträfen mehr oder minder alle Straßenbaumaßnahmen. So werde es zum Beispiel bei der Umgehung von Imsweiler eine Kostensteigerung um das Dreifache geben. Allgemein bestehe bei der jetzigen Preisentwicklung die Gefahr, dass viele Baumaßnahmen wegen der fehlenden Wirtschaftlichkeit nicht mehr verwirklicht werden könnten.

Die „Dorfschell“ wird die weitere Entwicklung beobachten und, wenn es Neues gibt, dieses sofort berichten.

Der SPD-Ortsverein
Olsbrücken-Frankelbach
wünscht Ihnen ein frohes
Weihnachtsfest und ein
gutes Neues Jahr 2023!

IMPRESSUM:

Die Dorfschell (Sonderausgabe) – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach

**Auflage dieser Ausgabe: 1300
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**